

Beschluss des Landrats vom 13.02.2025

Nr. 998

24. PH verbessern: Belegungssystem PH FHNW überarbeiten 2024/628; Protokoll: bw

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) informiert, der Regierungsrat lehne das Postulat ab. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Roman Brunner (SP) freut sich natürlich, dass die SP-Fraktion mit ihren Vorstössen zur PH offene Türen einrenne. Der Direktor der PH hat zugesichert, dass Verbesserungen des Belegungssystems stattfinden bzw. vorgenommen werden sollen. Allein es fehlt der Glaube. Das Belegungssystem ist nicht erst seit gestern oder vorgestern in der Kritik. Natürlich kam es zu technischen Pannen, für die die PH nicht allzu viel kann und die auch nicht Grund für den Vorstoss sind. Der Grund, weshalb das Belegungssystem zwingend verbessert werden muss, ist, dass die Studierenden unbedingt über Planungssicherheit verfügen müssen. Diese Planungssicherheit muss mit dem Schuljahr synchronisiert sein und nicht nur mit dem Beginn des Hochschuljahrs an der Fachhochschule. Wie allseits bekannt, gibt es sehr viele Lehrpersonen in Ausbildung, die bereits während des Studiums – egal, ob im Modell BachelorPlus/MasterPlus oder im regulären Modell – in einem Teilpensum arbeiten. Für die Schulen ist es extrem wichtig, dass sie rechtzeitig, das heisst im Frühling, bereits planen können. Entsprechend ist vor allem die Zeitachse ein Problem beim aktuellen Belegungssystem. Auch wenn diese Problematik gemäss PH anerkannt sei, soll das Postulat dennoch überwiesen werden, obwohl Regierungsrätin Monica Gschwind entgegnet, es handle sich um ein Anliegen auf operativer Ebene. Roman Brunner glaubt einfach nicht daran, dass etwas passiert, ohne dass genügend Druck aufgesetzt wird. Die Problematik besteht bereits seit längerer Zeit. Von der PH wird verlangt, dass sie vorwärts macht und das System zugunsten der Studierenden verbessert, damit diese über Planungssicherheit verfügen. Der Landrat wird gebeten, das Postulat zu überweisen.

Marc Scherrer (Die Mitte) hat in Aussicht gestellt, dass die Mitte-Fraktion die SP bei fast allen Vorstössen zur PH unterstützen werde. Bei diesem Postulat allerdings nicht. Dieses Thema wurde einerseits im Landrat bereits diskutiert. Andererseits wurde es medial ebenfalls sehr breit behandelt. Zur Verteidigung dieses Vorstosses: Auch Marc Scherrer ging davon aus, dass das Belegungssystem verbessert worden wäre. Anlässlich der letzten Sitzung der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission wurde den Kommissionsmitgliedern aber mitgeteilt, dass das Belegungssystem am 5. Februar 2025 wieder nicht funktioniert hat. Dies hat man aber in den Griff bekommen. Ebenfalls eine neue Erkenntnis war die Aussage von Guido McCombie, dass es ein neues Belegungssystem brauche, weil das aktuelle *end of life* sei. Diese Erkenntnis war neu und nicht ganz kongruent mit dem, was bisher von der FHNW kommuniziert wurde.

Die Mitte-Fraktion stimmt Regierungsrätin Monica Gschwind zu: Es handelt sich um ein operatives Thema. Es ist nicht richtig, wenn der Landrat darüber diskutiert, was ein richtiges Belegungssystem ist und wann dieses kommen sollte. Andernfalls müssten hier wohl noch viele andere Themen in Angriff genommen werden.

Für die Mitte-Fraktion ist klar, dass das Belegungssystem funktionieren muss. Eine Besserung wurde in Aussicht gestellt und die Regierungsrätin wird den Druck gegenüber der FHNW sicherlich aufrechterhalten. Mit diesem Postulat wird aber nicht ein strategisches Thema adressiert, zu welchem auf oberster Ebene Druck gemacht werden müsste. Die Mitte-Fraktion lehnt dieses Postulat ab.

Ursula Wyss (SP) ist der Ansicht, Studierende sollten ihre Ressourcen grundsätzlich in ihr Studium investieren und nicht zusätzlich in ein aufwendiges, langandauerndes Einschreibeverfahren mit unsicherem Ausgang. Das Einschreibeverfahren fürs neue Semester sollte eine Formalität sein. Das ist aber bei Weitem und schon lange nicht mehr der Fall. Die Studierenden bemängeln diesen Umstand bereits seit längerer Zeit. Prinzipiell hat der Regierungsrat recht: Die für das Operative zuständigen Personen sollten dies verbessern. Genauso sollten aber auch regelmässig Evaluationen vorgenommen und die Leistungen den Erkenntnissen angepasst werden. Bis jetzt ist diesbezüglich da nicht viel passiert. Über die angekündigten Verbesserungen, die Regierungsrätin Monica Gschwind und Marc Scherrer erwähnt haben, ist Ursula Wyss froh. Faktisch ist es aber so, dass die Beurteilung des Studiums und des Einschreibesystems von einer Mehrheit der Studierenden sehr kritisch ausfällt. Negative Bewertungen der Studierenden haben dank der sozialen Medien heute eine viel grössere Reichweite als früher und tragen empfindlich zum Ruf der PH bei. Ursula Wyss weist auf den Bildungsbericht 2023, Seite 300, hin. Dort wird aufgezeigt, dass die PH als einzige einen negativen Wanderungssaldo aufweist. 30% der Studierenden in den Trägerkantonen, die an eine PH gehen wollen, besuchen nicht die PH FHNW. Die PH FHNW ist nicht die einzige PH, die eine grosse Abwanderungsquote aufweist. Sie ist aber die einzige, die dies nicht komplett, sondern nur zur Hälfte kompensieren kann. Das hat natürlich finanzielle Konsequenzen, weil die Ausbildung der Lehrpersonen an den anderen PH für den Kanton teurer ist. Zudem ist bekannt, dass die Studierenden, die aus Studiengründen in einen anderen Kanton gezogen sind, auch nicht alle zurückkehren. Der Kanton ist also doppelt gestraft: Er bezahlt die Ausbildung von Lehrpersonen, die in einem anderen Kanton arbeiten. Gemäss Ursula Wyss' Informationen betrifft dies 20%. Das ist ineffizient. Aus diesen Gründen muss die PH attraktiv für die Studierenden in den Trägerkantonen sein. Das wäre am günstigsten und am effizientesten. Zur Frage, ob der Landrat Einfluss auf die FHNW ausüben kann: Der Staatsvertrag regelt das. Roman Brunner hat bereits auf die Oberaufsicht der Parlamente verwiesen. Der Regierungsrat, respektive der Regierungsausschuss, hat eine Aufsichtsfunktion inne. Allerdings ist auch die Aufsichtsfunktion des Fachhochschulrats geregelt. § 22c des Staatsvertrags besagt, dass der Fachhochschulrat die Qualität der Leistungen der FHNW überwache. Beim Einschreibeverfahren handelt es sich um eine Leistung der FHNW und diese Qualität ist umstritten. Der Fachhochschulrat müsste diese Qualitätsdiskussion führen und reagieren. Es ist schön, wenn jetzt nach langer Zeit reagiert wird, es wäre aber bereits viel früher notwendig gewesen. Entsprechend werden die Regierungsräte beziehungsweise der Regierungsausschuss gebeten, darauf zu achten, dass der Fachhochschulrat diese Qualitätsdiskussion ernst nimmt und führt. Der Landrat wird gebeten, dieses Postulat – wie die anderen des «PH-Pakets» – ebenfalls zu überweisen.

Markus Brunner (SVP) kann viele der bisherigen Aussagen unterstreichen. Es ist richtig, dass das Belegungssystem seit Jahren für Frust sorgt. Dies eskalierte im letzten Sommer. In einem aufwendigen Prozess konnten die meisten Studierenden zufriedengestellt werden. Man befindet sich nun in einem Glaubensdilemma. Roman Brunner glaubt dem neuen PH-Direktor nicht, die SVP-Fraktion möchte diese Chance geben, weil sie sieht, dass etwas geht. Zudem hat Marc Scherrer recht, wenn er darauf verweist, dass der Landrat nicht operativ eingreifen kann. Entsprechend wird die SVP-Fraktion dieses Postulat ablehnen. Zu betonen ist, dass nach der Eskalation gute Kontakte mit Studierendenorganisationen geknüpft wurden. Auch die IPK FHNW hat das Thema auf dem Radar.

Andrea Kaufmann (FDP) macht es kürzer als ihre Vorredner: Die Begründung des Regierungsrats ist für die FDP-Fraktion schlüssig. Entsprechend wird sie das Postulat nicht überweisen. Regierungsrätin Monica Gschwind hat zudem anlässlich der letzten Sitzungen gute Ausführungen zur FHNW gemacht. Die vorliegende Problematik hat sie mit den verantwortlichen Personen bespro-

chen und es konnten Lösungen gefunden werden. Mit diesem Postulat würde der Landrat in einen operativen Bereich eingreifen.

Andrea Heger (EVP) nimmt die Aussage von Markus Brunner auf, dass es sich um eine Glaubensfrage handle. Bei Glaubensfragen hat die EVP keine Hemmschwellen. Aber auch die grünen Fraktionspartner sind derselben Meinung: Mit diesem Vorstoss würde sich der Landrat operativ betätigen. Der Regierungsrat muss nicht prüfen, sondern dafür sorgen, dass die FHNW die vorgegebenen Ziele umsetzt. Zudem handelt es sich um einen der Vorstösse, die dazu dienen, vonseiten Politik Druck aufzusetzen, wie es auch mit den Vorstössen von Anita Biedert an der letzten Sitzung der Fall war. Die PH hat nun aber Lösungen gefunden, mit welchen auch die Studierenden zufrieden sind. Der Landrat kann sich nun also zurückziehen und muss nicht noch mehr Papier generieren.

Jan Kirchmayr (SP) staunt. Im Sommer gab es eine massive Panne beim Belegungssystem der Pädagogischen Hochschule. Wie Marc Scherrer erwähnt hat, kam es im Februar erneut zu einer Panne. Es ist erstaunlich, wie der Landrat dies einfach mit dem Hinweis, dass es sich um eine operative Angelegenheit handle, hinnehmen möchte. Einfach so wird es ja nicht besser. Nachdem es im Sommer nicht funktioniert hatte, hat man als Reaktion auf die öffentliche Kritik der Studierenden Besserung gelobt. Im Februar kam es aber erneut zu Problemen. Es funktioniert also noch immer nicht. Das ist mittlerweile einfach auch ein bisschen peinlich. Man hatte von Sommer bis Februar Zeit, die Probleme zu beheben. Das hat anscheinend nicht funktioniert. Es ist Aufgabe des Landrats, dafür zu sorgen, dass es funktioniert. Für vier Jahre werden jeweils CHF 200 Mio. an die FHNW gezahlt. Das ist nicht wenig Geld – heute hat der Landrat bereits über CHF 770'000.– für Birsbrücken diskutiert. Die FHNW und die PH erhalten einfach einen Blankocheck. Das ist ein Stück weit berechtigt, aber dann müssen die Dinge auch funktionieren. Und wenn man dies einfordert, darf nicht einfach darauf verwiesen werden, dass es sich um eine operative Angelegenheit handle. Jan Kirchmayr hat eine andere Erwartungshaltung gegenüber finanzierten Leistungen. Es ist schwierig zu akzeptieren, nachdem es jetzt schon zweimal nicht funktioniert hat, die PH weiterwursteln zu lassen, anstatt dass sich der Landrat auf dem Laufenden halten lässt. Dann muss die PH Bericht erstatten, wie das Funktionieren des Einschreibesystems künftig sichergestellt wird.

Marc Schinzel (FDP) reagiert direkt auf Jan Kirchmayr: Nein! Es handelt sich um eine operative Frage. Die Frage wird überhaupt nicht besser, wenn der Landrat den Regierungsrat eine grosse Evaluation vornehmen lässt, mit der Vergleiche zu anderen Kantonen angestellt werden. Es wird besser, wenn in der PH gehandelt wird. Dass gehandelt wird, ist bekannt. Marc Schinzel weiss das, denn er ist selbst auch Mitglied der Interparlamentarischen Kommission Fachhochschule Nordwestschweiz. Guido McCombie, der PH-Direktor, war in der Kommission und stand Rede und Antwort. Es wird etwas getan. Die PH selbst leidet unter solchen Dingen ja am stärksten. Es bringt doch wirklich nichts, wenn der Landrat den Regierungsrat und die Verwaltung mit einer weiteren Evaluation beschäftigt. Die Verantwortlichen in der PH wissen, wo es klemmt – so auch Guido McCombie, und entsprechend handelt er und möchte dies auch tun. Die FDP-Fraktion hat dieses Vertrauen und es ist nicht angebracht, dass der PH von ganz oben eine geballte Misstrauenshaltung entgegengebracht wird. Marc Schinzel geht auch nicht in den Operationssaal, um einem Chirurgen zu sagen, welches Skalpell er nutzen sollte. Das ist nicht die Ebene des Landrats. Der Landrat muss einfordern, dass es funktioniert. Diese Message ist angekommen. Diese Message ist es auch, die Regierungsrätin Monica Gschwind vermittelt, und sie wurde vom PH-Direktor verstanden. Es muss nun absolut nicht mit Kanonen auf Spatzen geschossen werden.

Jan Kirchmayr (SP) ist nicht einverstanden. Guido McCombie mag etwas erzählt haben. Offenbar hat es aber nicht funktioniert. Wären im Sommer die notwendigen Anpassungen vorgenommen worden, hätte das Einschreibesystem im Februar problemlos funktioniert und man könnte darüber diskutieren, ob dieses Postulat weiterhin sinnvoll ist. Aber anscheinend hat es nicht funktioniert, wie die Mitglieder der BKSK am letzten Donnerstag erfahren haben. Tatsache ist: Es hat nicht funktioniert. Wenn Marc Schinzel sehenden Auges in diese Richtung fahren möchte, das Einschreibesystem weiterhin nicht funktioniert und dies den Landrat einfach nicht interessiert, dann ist das okay. Jan Kirchmayr hat aber eine andere Erwartungshaltung für das vom Landrat gesprochene Geld.

Anita Biedert (SVP) vertritt eine andere Haltung als ihre Fraktion. Sie widerspricht Marc Schinzel ungern, aber dieser wurde nun sehr emotional. Es lässt sich ganz trocken festhalten: Es handelt sich nicht um einen Eingriff ins Operative, denn der Landrat zahlt der FHNW sehr viel Geld, er hat die Oberaufsicht inne und es muss funktionieren. Anita Biedert spricht aus der Praxis für die Praxis. Im Austausch mit den Studierenden wird klar, dass das Belegungssystem nicht funktioniert. Es kann nicht sein, dass sie deshalb gestresst sind und über keine Planungssicherheit verfügen, was auch negative Auswirkungen auf die Schulen hat. Anita Biedert bittet um Unterstützung für dieses Postulat.

Marc Schinzel (FDP) betont den Inhalt des Postulats: Der Regierungsrat muss evaluieren, prüfen und berichten, wie das Belegungssystem im Vergleich mit den anderen Belegungssystemen in der Schweiz funktioniert. Nein! Der Regierungsrat muss der Fachhochschule einfach den Auftrag geben, ein Belegungssystem zu schaffen, das operativ funktioniert. Diesen Auftrag gibt es. Jetzt kann man es doch dabei belassen. Sollte es noch immer nicht funktionieren, wird der Regierungsrat die nächsten Schritte gehen und die nötigen Massnahmen einleiten. Aber es bringt doch nichts, den Landrat in Papier zu ertränken und zu schauen, wie es die anderen machen. Diese Aufgabe muss die PH wahrnehmen. Marc Schinzel ist nach wie vor überzeugt, dass dies die PH tut; es ist dies doch in ihrem eigenen Interesse.

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) erinnert Jan Kirchmayr daran, dass die Verantwortlichkeiten für Aufgaben klar festgelegt seien. Auch für Sekundarschulen wird viel Geld ausgegeben. Wenn eine Schülerin oder ein Schüler ein Problem mit dem iPad hat und die Lehrperson dies nicht sofort selbst lösen kann, greift auch nicht direkt die Regierungsrätin ein. Nochmals: Die Verantwortlichkeiten sind klar. Im Regierungsausschuss wurde diskutiert und die Erwartungshaltung gegenüber der FHNW klar formuliert, dass dieses System stabilisiert und als Planungsinstrument verbessert werden müsse. Der Fachhochschulrat, das Direktionspräsidium der FHNW und der PH-Direktor haben das höchste Interesse, dass das System gut läuft und dass es für die Studierenden ein System ist, mit dem sie gut arbeiten können.

Wie an der letzten Sitzung erwähnt, hat die PH festgestellt, dass die Zeitachse ganz wichtig ist. Der bisherige Belegungszeitraum war zu spät, weil die Studierenden viel früher die Stundenpläne mit den Schulen, wo sie tätig sind, vereinbaren müssen. Dies hat die PH erkannt. Weiterhin hat sie erkannt und kommuniziert, dass die Präsenzplicht angepasst werden soll. Das schafft ebenfalls neue Möglichkeiten für das System. Der PH-Direktor hat ganz klar gesagt, dass die Studierenden heute über die höchste Flexibilität bei der Organisation ihres Studiums verfügen. Das ist anstrengend, schwierig und verursacht Stress. Entsprechend befindet man sich mit Studierenden in Gesprächen, wie dieses System angepasst werden soll. Auch die Kommunikation wird seitens PH intensiviert, weil sich gezeigt hat, dass die Studierenden mit dem ganzen System überfordert waren. Die PH ist also intensiv am Arbeiten.

Ursula Wyss hat den Wanderungssaldo erwähnt: In Basel-Landschaft und Basel-Stadt ist der Akquisitionserfolg sehr hoch, auch an der PH. Probleme gibt es am Standort Solothurn. Die Lage ist

nicht ideal, weshalb viel Studierende die PH in Bern besuchen. Aus diesem Grund hat der RRA zusammen mit der FHNW reagiert, und der Standort soll von Solothurn nach Olten verlegt werden, das viel besser erreichbar ist, auch für Studierende aus dem Kanton Aargau. So soll der Wanderungssaldo über die gesamte FHNW verringert werden. Hier in der Region ist der Akquisitionserfolg aber sehr hoch. Der Landrat wird gebeten, diesen Vorstoss abzulehnen, damit die Verantwortlichkeiten auf der richtigen Ebene wahrgenommen werden können.

Adil Koller (SP) ist kein Bildungspolitiker, hat aber aufmerksam zugehört. Im Sommer wurde ein Auftrag gegeben, nun hat es aber wieder nicht funktioniert. Welche Learnings konnte man nun daraus ziehen?

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) führt aus, bei den Problemen im Februar sei es um die Stabilität der Software gegangen. Das ist ein anderer Aspekt als die fehlende Planungssicherheit, die im Sommer von den Studierenden angeprangert wurde. Es wurde nun festgestellt, dass die Software das Ende ihres Lebenszyklus erreicht hat und eine neue Lösung gesucht werden muss. Es gilt zwischen der technischen Stabilität und der Planung des Studiums zu unterscheiden. Das sind zwei verschiedene Dinge. Die FHNW hat sofort reagiert, um das System wieder zu heraufzufahren. Diese Situation ist aber sicherlich allen Anwesenden bekannt: Es kann sein, dass ein System aus irgendwelchen Gründen zusammenbricht. So war es im Februar beim Belegungssystem der PH der Fall.

Miriam Locher (SP) ging davon aus, dass auch im Sommer das Problem gewesen sei, dass das System zusammengebrochen sei und die Studierenden darum ihre Kurse nicht haben belegen können. Entsprechend hat sich das Problem nun also wiederholt. Im Hinblick auf den kommenden Sommer soll nun ein neues, stabileres System implementiert werden, ohne genau zu wissen, ob dies auch wirklich klappt. Das macht einen verzwickten Eindruck.

Marc Scherrer (Die Mitte) glaubt, Licht ins Dunkel bringen zu können. Er hat Guido McCombie an der letzten BKSK-Sitzung so verstanden, dass sich die PH der Problematik bewusst sei, dass Sofortmassnahmen ergriffen worden sei und dass man erkannt habe, dass dieses Belegungssystem nun *end of life* sei. Es wurde davon ausgegangen, dass die im Sommer ergriffenen Sofortmassnahmen ausreichen würden. Das war nicht der Fall. Das Problem trat am 6. Februar auf, konnte aber gegen Abend – gemäss PH-Direktor – wieder behoben werden. Seither hat Marc Scherrer nichts mehr vernommen. Natürlich ist damit das Projekt nicht abgeschlossen. Es braucht eine Nachfolgelösung. Viel mehr lässt sich hierzu nicht sagen. Marc Scherrer versteht, dass beim Belegungssystem ein Problem vorliegt. Die PH ist aber dran. Die Überweisung dieses Vorstosses würde nichts bringen. Es gibt wichtigere Themen – Stichwort Praxisbezug.

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) führt aus, die PH FHNW habe wie folgt informiert: Vom 7. August 2024 bis 15. Januar 2025 hat das System funktioniert. Erst im zweiten Belegungsfenster – am 5. Februar – gab es erneut Probleme. Mehrere IT-Systeme der FHNW waren betroffen. Die Studierenden wurden darüber und über die zeitlichen Verzögerungen beim Einschreibeprozess umgehend informiert. Diesbezüglich hat die PH FHNW sehr gut reagiert. Die Probleme konnten am Folgetag gelöst werden.

://: Mit 23:57 Stimmen wird das Postulat abgelehnt.
